

# Die Restrente muss auch noch weg

## Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

*Lucas Zeise*

---

Ein angenehmes Ambiente: Dienstag im Innenhof der Berliner Niederlassung der FAZ. Hier kann man den »marktwirtschaftlichen Dialog« entspannt führen. Und hier kann auch der Gast aus München die »Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik« klar benennen, ohne dabei auf Widerspruch zu stoßen. Vorher ergreift der Kuratoriumsvorsitzende der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) das Wort, der für die Sache der »Arbeitgeber« so verdienstvolle Exsuperminister Wolfgang Clement. Der stellt den geschätzten Gast vor, den scheidenden Präsidenten des Münchner Ifo-Instituts und meistzitierten deutschen Volkswirt Hans-Werner Sinn. Der wird seinem Ruf gerecht und formuliert knallig, damit es in der Presse oft zitiert wird: »Ja, sogar die Staatskrise ist programmiert.«

Und wer programmiert da so Schreckliches? Es ist die Bundesregierung selbst. Sie will einigen, denen wegen der 2001 installierten Rentenlücke die Altersarmut droht, etwas Unterstützung gewähren. Das wird mit Sicherheit kümmerlich, für Sinn aber wird der Staat gefährdet, denn »es wird so getan, als gäbe es noch etwas zu verschenken«. Auch diese Bemerkung trifft den bei Arbeitgebern geschätzten Ton. Und die ebenfalls geladene stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Kerstin Andreae, pflichtet bei und erhält dafür Sonderbeifall im Publikum.

Sinn hat vielleicht recht mit der Staatskrise. Denn allerorten wird an der großen Schröderschen Rentenreform gemäkelt. Die niedrigen Zinsen gefährden die damals als Ersatz für den Sozialabbau erfundene »Riester-Rente«, sagen die Banker und Versicherer. »Die Rentenlücke, eine Maßgröße für den Rückgang des Rentenniveaus im Vergleich zum Sicherungsniveau vor der Einführung der Rentenreform im Jahr 2001, wird (...) stark wachsen«, stellt eine vom Verband der Volksbanken zitierte Studie nüchtern fest. In der CDU meldet sich Christian Bäumler vom »Arbeitnehmerflügel«: »Riester hat das Rentenniveau um vier Prozent gesenkt und damit der Altersarmut bei

Normalverdienern den Weg bereitet.« Der CDU-Mann fordert sogar deren Rückabwicklung und die Anhebung des allgemeinen Rentenniveaus. Soll angesichts solch wüster sozialistischer Forderungen der Einstieg in die Privatisierung der Rente umsonst gewesen sein?

Die Presse, die Wissenschaft und die Banken werden das verhindern. Die *Süddeutsche Zeitung* hat ein grandiose Studie zum Thema entdeckt. Sie stammt von der US-Bank Citigroup, die ihrerseits von der *Financial Times* zitiert wird und noch knalliger als Sinn ist: Es fehlen 78 Billionen US-Dollar in den Pensionskassen der OECD-Staaten. Diese ungeheure Lücke ist einfach da und gähnt uns schrecklich an. Wenn man die Ansprüche jetziger und künftiger Rentner auf gesetzliche Rentenzahlung addiert, kommt man in der Tat auf erhebliche Summen. Und warum wird das addiert, und warum wird darüber zustimmend berichtet? Ja, sagen die von der Bank bezahlten Forscher, besonders in Deutschland und Frankreich gebe es noch beachtliche Reste eines staatlichen Rentensystems. Die müssen noch vollkommen abgebaut werden.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er lebt in Frankfurt am Main

---

<http://www.jungewelt.de/2016/03-19/042.php>